

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postämtern angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., anwärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inzerate nehmen an: in Berlin: A. Reitemeyer, Karstraße 50, in Leipzig: Heinrich Häbner, in Altona: Hasenhein u. Bogler, in Hamburg: J. Lütjehm und J. Schöneberg.

# Danziger Zeitung.



## Ämtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allerhöchstdigst geruht: Dem Seconde-Lieutenant v. Wiese-Kahrsfeld aus dem Pos. Ulanen-Reg. Nr. 10 den Rothen Adler-Orden vierter Classe, so wie dem Unteroffizier Meyer, dem Gefreiten Brantke und den Füllieren Klent und Vaer, sämmtlich vom 1. westpr. Gren.-Reg. Nr. 6 das Militär-Ehrenzeichen zweiter Classe; ferner dem Professor Dr. Kayeburg zu Neustadt-Eberswalde den Character als Geh. Regierungsrath zu verleihen; an Stelle des auf sein Gesuch entlassenen bisherigen Vice-Consuls Bueensow in Sandomir den dortigen Bau-Director A. Edström zum Vice-Consul daselbst zu ernennen, und den seitherigen Regierungsrath Höbricht zu Berlin als ersten Bürgermeister der Stadt Breslau, unter Beilegung des Prädikats „Oberbürgermeister“, auf die gesetzliche Amtsdauer von zwölf Jahren zu bestätigen.

## (W. C. B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Frankfurt a. M., 21. August. Der Inhalt der Collectiv-Einladung an den König von Preußen lautet ungefähr: Wir, die auf Einladung Oesterreichs versammelten Fürsten und Vertreter der freien Reichsstädte haben schmerzlich empfunden, Ew. Majestät nicht in unserer Mitte zu sehen. Nachdem wir von den Vorschlägen des Kaisers Kenntniß genommen, haben wir dieselben als eine geeignete Grundlage für Verhandlungen erkannt, deren Resultat wir in jedem Falle Ew. Majestät zur Einholung der Zustimmung vorlegen würden. Wir hegen aber den lebhaftesten Wunsch, daß Ew. Majestät, welche berufen sind, in hervorragender Weise an den Erfolgen unserer Bemühungen Theil zu haben, sich schon an unseren Beratungen betheiligen möchten, damit das große Werk, dessen Nothwendigkeit Ew. Majestät selbst anerkennt, um so leichter und sicherer zum Ziele geführt werden möge. Wir wenden uns daher, vertrauensvoll auf Allerhöchste Ihre bewährten bundesfreundlichen Gesinnungen an Ew. Majestät mit der dringenden Bitte, noch jetzt in unserer Mitte erscheinen zu wollen.

Der Kaiser von Oesterreich ist heute Morgen zur Abhaltung einer Reue nach Mainz gereist. Am Mittage wird der Kaiser zum Besuche des Herzogs von Nassau nach Biberich, von dort Nachmittags nach Wiesbaden gehen.

Dresden, 21. August. Nach einem Frankfurter Telegramm des „Dresdener Journals“ ist der König von Sachsen aus Baden-Baden zurückgekehrt und von den Großherzogen von Baden und Sachsen-Weimar auf dem Bahnhofs empfangen worden. Der König von Preußen wird nicht zu den Conferenzen nach Frankfurt kommen.

London, 21. August. Mit dem Dampfer „Scotia“ sind 696,000 Dollars an Constanten und Nachrichten aus New York vom 12. d. in Cork eingetroffen. — Man versichert, General Wade würde durch General Grant ersetzt werden.

Der Wechselkurs auf London war in New York 139 1/2, Goldagio 26 1/2, Baumwolle matt 68.

## Politische Uebersicht.

Vom Fürstentage liegt noch nichts Neues vor. Die Verhandlungen haben bis zur Antwort des Königs von Preußen geruht. Dieselbe ist, wie wir gestern bereits meldeten, eine ablehnende geblieben.

Wie man von Frankfurt schreibt, habe Oesterreich eine solche Antwort auch vorausgesehen. Unrichtig ist übrigens die Nachricht, daß Bismarck den Antrag auf Absendung der Collectiv-Einladung gestellt haben. Dieselbe ist vielmehr von österreichischer und mittelstaatlicher Seite angeregt.

Der Abgeordnetentag hat nach achtstündiger Discussion, wie uns der Telegraph gemeldet hat, gestern die vom Ausschusse vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen. Die große nationale Partei kann mit dieser Antwort auf das österreichische Project einverstanden sein. Sie wahrte die Rechte und Interessen der deutschen Nation. Sie wahrte vor Allem das Recht derselben, durch eine durch allgemeine Wahlen zu berufende Nationalversammlung mitbestimmend bei der Vereinbarung der neuen Verfassung Deutschlands zu wirken. Ohne eine solche Mitwirkung ist die Durchführung einer Reform nicht denkbar. Sie allein giebt die Garantie, daß die wahrhaft nationalen Interessen und die Rechte des Volkes darin gesichert werden.

Die halbamtliche „Wiener Abendpost“ sagt in ihrer letzten Nummer, „daß die moralische Grundlage schon heute als erungen zu betrachten sei.“ Sie fordert die deutsche Nation auf, sich über den österreichischen Reformplan „auszusprechen“ und erklärt seine Bedeutung: „Eine straffe, unbedeutende Centralgewalt sei eine unbedeutende Institution.“ Directe Wahlen führten unwillkürlich Bestrebungen mit, die gesammte Legislation dem Parlament zuzuführen und damit den Einfluß der Kammern der Einzelstaaten zu vernichten. Der Hauptzweck des Projects sei die „Einführung des constitutionellen Systems“, „auf die gemeinsamen Angelegenheiten des deutschen Bundes.“

„Kreuztg.“ und „Nordd. Allg. Ztg.“ fahren in heftiger Kritik gegen Oesterreich fort. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ kritisiert das Reformproject vom constitutionellen Gesichtspunkt aus und hält es für ungenügend. Sehr gut. Wenn die „N. A. Z.“ nur sagen möchte, welches Project sie denn eigentlich für genügend hält.

Die „Köln. Ztg.“ wiederholt heute ihre Mahnung, das österreichische Reformproject nicht „unbedingt zu verwerfen“, sondern „so viel wie möglich zu verbessern.“ Oesterreich bietet zwar nicht das, was die liberale Partei wünscht, es bietet aber mehr, als ihr jemals geboten worden sei.“ Neue Ministerial-Conferenzen kann die „Köln. Ztg.“ nicht für zweckdienlich erachten. Die Hauptsache sei, Oesterreich zu weiteren Concessionen zu bewegen. Und dazu sei der Kaiser, wie er erklärt habe,

bereit. Er würde sogar die directen Wahlen zugestehen. Man sage, Preußen würde durch das Project majorisirt. Das könne die „N. A.“ nicht einsehen. Wenn es wahr sei, daß Preußen nur deutsche Interessen habe, so könne für seine Interessen nicht besser gesorgt werden, als durch ein deutsches Parlament. Die „N. A.“ schließt wie folgt: „Die Beförderung, daß Oesterreich wegen seiner Reformpläne heimliche Verhandlungen mit Frankreich getroffen habe, scheint sich nicht zu bestätigen. Im Gegentheil, der französische Kaiser soll davon nicht gerade angenehm überrascht sein, und so ziemlich die gesammte französische Presse spricht gegen die österreichischen Pläne für Bundesreform. Die „France“ glaubt zu wissen, daß Rußland bemüht sei, in Frankfurt nichts zu Stande kommen zu lassen, während, wie man von anderer Seite vernimmt, England sich im entgegengekehrten Sinne bemüht. Das sind Zeichen, die der Freund des deutschen Vaterlandes zu deuten wissen wird.“

Die englische Presse verhält sich dem Fürstentage gegenüber sehr skeptisch. Nicht so die französische Presse. Die „Gazette de France“ z. B. sagt: „Während die Rhetoren unaussprechbare Reformpläne und ungestaltete Verfassungen discutiren werden, wird die wirkliche Consideration vollzogen werden, und der Kaiser von Oesterreich, dessen Project man vielleicht zurückweisen wird, kehrt mächtiger als je nach Wien zurück, indem er die stärkste Allianz dem Staate anbietet, vermag, der mit seinen politischen Plänen und seinem traditionellen Ehrgeiz gemeinschaftliche Sache machen will.“

Ein Wüthener Berichterstatter des „Nürnb. C.“ schreibt diesem: Bayern habe seine Punctationen für die Zollconferenz keineswegs aufgegeben; es werde nur der Ausgang des Frankfurter Congresses abgewartet, um danach zu bemessen, wie in der Sache auf angemessene Weise vorzugehen sein dürfte.

Der „Nordd. Allg. Ztg.“ wird aus Paris geschrieben: „Man sagt, der Kaiser sei über das österreichische Reformproject sehr verstimmt. Ich muß Ihnen dagegen gestehen, daß ich mehr denen Recht gebe, die das Band zwischen Frankreich und Oesterreich für enger als je halten, und daß ich eher glaube, die Verberichtigung des obigen Gerüchts sei ein Mandöver, um die preussische und die deutsche Diplomatie irre zu führen. Was man auf seiner Hut sein.“

Die „Kreuztg.“ reproduziert heute eine Nachricht der Wiener Presse, die bereits einige Tage alt ist und die wir unberücksichtigt ließen, weil wir sie für falsch hielten. Diese Mitteilung, welche die Presse allerdings als „zuverlässig“ bezeichnet, lautet: „Am 14. Juli, also am Tage der Absendung der Gortschakoff'schen Antworten, begab sich Graf Bernstorff im Auftrage seiner Regierung zum Grafen Russell und erklärte Letzterem auf die ungewöhnliche Weise, daß Preußen, in Anbetracht des erklärten Zweckes des polnischen Aufstandes, die Unabhängigkeit in den Grenzen von 1772 zu erkämpfen, so wie in Erwägung der Gefahr für die Rheinprovinzen von Seiten Frankreichs, eine jede bewaffnete Einmischung in die polnische Angelegenheit für einen Casus belli betrachten und Frankreich den Krieg erklären werde. Obgleich Preußen diese Declaration nur hier in London abgeben ließ, so wurde sie dennoch sofort den Höfen von Paris und Wien mitgetheilt, von England aber als Grund seines Rückzuges geltend gemacht. Schon am 28. Juli konnte Graf Bernstorff an Herrn v. Bismarck berichten, daß Carl Russell ihm die posthusten Zusicherungen gegeben, daß England einen Angriff auf Preussisches Gebiet niemals zugeben werde.“

Wie die „Schl. Z.“ aus Wien aus zuverlässiger Quelle erfährt, sind Verhandlungen mit dem Turiner Cabinet behufs der Herbeiführung einer Annäherung zwischen Oesterreich und Italien im Zuge. Als Vermittler tritt Lord Palmerston auf. Es handelt sich italienischerseits um das Aufgeben jeder Angriffsabsicht auf Venedig und um Garantie des Status quo österreichischerseits, um den Abschluß eines österreichisch-italienischen Handelsvertrages, mit welchem eine gegenseitige Entwaffnung längs der beiden Minicio-Ufer Hand in Hand gehen würde.

## Der Fürstentag.

Frankfurt a. M., 20. August. Heute hat der Kaiser den Herzog von Cambridge besucht. — Gestern empfing der Kaiser den Herzog von Coburg und stattete alsdann dem Großherzog von Baden einen längeren Besuch ab. — Die Großherzoge von Baden und Weimar, der Herzog von Coburg, der Fürst von Waldeck und die Bürgermeister von Lübeck, Bremen und Hamburg hatten heute eine längere Conferenz, ebenso der Großherzog von Oldenburg und die Herzoge von Braunschweig und Nassau. Sonabend giebt Herr von Bethmann, preussischer Generalconsul, sämmtlichen Fürsten und den Vertretern der freien Städte eine Soirée. Die Herrschaften haben ihr Erscheinen bereits zugesagt. Der König von Hannover giebt der hohen Diplomatie heute Abend ein Diner im Russischen Hofe.

Die Antwort des Königs von Bayern auf die Ansprache des Kaisers von Oesterreich bei Eröffnung des Fürstentags lautet wörtlich:

„Der Einladung Ew. Kais. Majestät folgend, sind wir hierher gekommen, Alle, wie ich nicht zweifle, besetzt von demselben bundesrechtlichen und vaterländischen Gesühle, aus welchem die Einladung selbst hervorgegangen ist, und durchdrungen von dem heißen Wunsche, dem Verlangen nach zeitgemäßer Ausübung der Bundesverwaltung eine gerechte und für alle Theile billige Befriedigung zu gewähren. Dieser Uebereinstimmung im Ziele und Streben uns bewußt, haben wir uns veranlaßt, ohne im Einzelnen die Vorschläge zu kennen, welche Ew. Kais. Maj. unserer gemeinschaftlichen Berathung zu übergeben beabsichtigten.“

Wir haben es gethan in dem Vertrauen, daß der Geist gegenseitiger Rechtsachtung und gemeinschaftlicher Hingebung an die großen Gesamtinteressen, in welchem unsere Väter den deutschen Bund im Sinne und nach den Verhältnissen ihrer Zeit geschlossen haben, auch jene Vorschläge durchdringen und tragen werde. Wir leben des Vertrauens, daß dieselben demgemäß eine geeignete Grundlage bilden werden, um darauf im Geiste und nach den Bedürfnissen

unserer Zeit einen Bau zu gründen, welcher der deutschen Nation die an geistiger und sittlicher Tüchtigkeit, an Bildung und Thätigkeit, wie an materiellen Kräften keiner andern Nation nachsteht, die gebührende Macht nach Außen in concentrirter Fassung und die ihrer Geschichte und ihrem Wesen entsprechende reiche Gliederung und Lebensfähigkeit im Innern gewährt und erhält.

„In diesem Geiste werde ich die Vorschläge E. K. M. in die gewissenhafteste Erwägung nehmen und mich darüber aussprechen, und ich glaube, hiermit der gleichen Gesinnung aller hier vereinigten Bundesgenossen Ausdruck geliehen zu haben. E. K. M. haben es selbst ausgesprochen, daß die Vorschläge der Vervollkommnung fähig sind, und so lebhaft ich auch den Wunsch theile, daß die Grundzüge des Reformplanes ohne weitläufige Beratungen eine rasche und eine einmüthige Billigung finden mögen, und daß der Nation so nach alter deutscher Sitte die Bahn der Entwicklung durch ihre Fürsten selbst geöffnet werde, so wenig möchte ich es doch ausschließen, daß schon aus diesem unserem ersten Zusammenritt einzelne Modificationen jener Grundzüge hervorgehen könnten, zumal etwa solche, welche die rasche Einigung zu fördern und zur segensreichen That des freien Entschlusses zu gestalten vermögen.“

„Aus tiefer Seele theile ich das Bedauern Ew. K. M. und gewiß theilen es mit uns alle unsere theueren Bundesgenossen, daß es uns noch versagt bleibt, des Königs von Preußen Majestät in unserer Mitte zu begrüßen. Halten wir die Hoffnung fest, daß bei unsrer nächsten Zusammenkunft dieses mächtige Glied die große Reite deutscher Macht und Herrlichkeit abschließen werde, und verheßen wir nicht, daß wir diese Hoffnung in dem Grade der Erfüllung näher führen können, in dem unsere jetzigen Bestrebungen zu einem raschen und einmüthigen Beschlusse führen.“

„Deutschlands Völker haben, einzelne kurze Verirrungen und Wirren abgerechnet, seit nahezu einem halben Jahrhundert den Frieden des Rechtes und der Treue genossen. Verleugern wir es nicht — da es oft verkannt worden — daß der deutsche Bund und seine Verfassung der Grund war, auf dem jener Friede gepflegt ward. Verkennen wir aber auch nicht, daß diese Grundlagen nun der zeitgemäßen Fortbildung und Entwicklung, insbesondere auch durch organische Einflügung einer Vertretung der einzelnen Völker bedürfen. Das Ziel, nach dem wir ringen, ist uns klar, sind auch die Wege noch nicht geebnet und theilweise verüllt. Gehen wir mit ruhigem und festem Sinn, mit treuem und redlichem Willen an das Werk, dann wird der Segen des allmächtigen Gottes mit uns sein und unser Werk krönen.“

Die Rede, welche der Kaiser von Oesterreich gehalten hat, enthielt mehrere Stellen, welche in dem Abdruck, der veröffentlicht ist, fehlen; u. A. wird der „Rhein. Ztg.“ von einem Frankfurter Correspondenten folgende mitgetheilt:

„Mit dem alten Systeme habe ich es so entschieden und so lange versucht als nur irgend Jemand, und ich bin zu der Ueberzeugung gelangt, daß es damit nicht mehr geht und ich glaube, daß wenn das alte System in der nächsten Hand, bei der mächtigsten Regierung in Deutschland nicht mehr ausreicht, so ist es in schwächeren Händen vollends erfolglos.“

Gestern Abend fand im Theater die zu Ehren des Fürstentages vom Senate arrangirte Gala-Vorstellung statt. Sie begann um 8 Uhr. Schon Stunden lang vorher garten sich Tausende von Menschen auf dem Comdienplatz und den umliegenden Straßen versammelt. Im ersten Rang waren bis auf die drei Edlogen alle Zwischenwände herausgenommen und so ein großer freier Raum hergestellt, in dessen vorderem Theil die Fürsten in einer Reihe, hinter ihnen ihre Adjutanten und nächsten Begleiter saßen. In der Mitte dieser großen Kronloge saß der Kaiser, zu seiner Linken der König von Hannover, zu seiner Rechten der König von Bayern. Die Sperrreihe nahmen die Senatoren und die Mitglieder des gesetzgebenden Körpers und hler-Collegen ein, das Parterre die Offiziere der hiesigen Garaison. Die Parterre-Logen waren den Gesandten am Bundesstag, ihren Damen und den hohen Militärbehörden reservirt, der zweite Rang den Consuln und ihren Damen, den Frauen der Senatoren und dem Gesundheits-Peronnel. Auf der Gallerie befand sich, wer cosa unter die son oder jenem Titel oder durch irgend eine mächtige Protection so glücklich war, eine Karte erlangt zu haben. Piecunter veranfa sich ein großer Theil der ersten Gesellschaft von Frankfurt, die Damen in großer Toilette und eine Masse von der deutschen und ausländischen Presse. Sämmtliche Herren in den Logen waren in glänzender militärischer oder diplomatischer Uniform, die Damen entfalteten eine wahrhaft bleibende Pracht in Toiletten und Diamanten. Durch bligenden Glanz und Größe der Diamanten zeichneten sich besonders die Geschwende der Fürstin Metternich, Gemahlin des ebenfalls anwesenden österreichischen Gesandten in Paris, und eine in der selben Parterreloge befindliche Dame aus. Der Kaiser war sehr heiter und unterhielt sich in den Zwischenacten und während der Vorstellung eifrig mit seinen Nachbarn. Die Vorstellung („Barbier von Sevilla“) verlief in durchaus befriedigender Weise.

## Entwurf einer Reformacte des deutschen Bundes. (Schluß.)

Artikel 20. Beschließende Befugniß der Versammlung. Der Versammlung der Bundesabgeordneten steht das Recht beschließender Wirkungen zur Ausübung der gesetzgebenden Gewalt des deutschen Bundes zu. Die gesetzgebende Gewalt des Bundes erstreckt sich: 1) auf Aenderungen der Bundesverfassung, 2) auf die bestehenden oder neu zu errichtenden organischen Einrichtungen des Bundes, 3) auf den Bundeshaushalt, 4) auf Feststellung allgemeiner Grundsätze für die Gesetzgebung der Einzelstaaten, über die Angelegenheiten der Presse und der Vereine, über literarisches und künstlerisches Eigenthumsrecht, über Primatrecht, Anstiftungsmachung und allgemeines deutsches Bürgerrecht, über gegenseitige Vollstreckung rechtskräftiger Erkenntnisse, über Auswanderungen, so wie über diejenigen Gegenstände von gemeinsamem Interesse, deren allgemeine Regelung etwa künftig der gesetzgebenden Gewalt des Bundes durch verfassungsmäßige Beschlüsse des Directoriums (Art. 11) und der Abgeordnetenversammlung würde übertragen werden. Gesetzesvorschläge, welche eine Aenderung der Bundesverfassung in sich schließen, oder eine neue organische Einrichtung auf Kosten des

Bundes begründen sollen oder der gesetzgebenden Gewalt des Bundes einen neuen, seit der Gesetzgebung der einzelnen Staaten angehörigen Gegenstand überweisen, können in der Versammlung der Bundesabgeordneten nur mit einer Mehrheit von wenigstens 2/3 der Stimmen angenommen werden. Wie das Directorium, so besitzt auch die Abgeordneten-Versammlung das Recht, Bundesgesetze in Vorschlag zu bringen.

Artikel 21. Berathende und vermittelnde Befugniß der Versammlung. Die Versammlung der Bundesabgeordneten ist gleich dem Directorium berechtigt, in Angelegenheiten, welche dem Bereiche der gesetzgebenden Gewalt des Bundes nicht zugewiesen sind, die Einführung gemeinsamer Gesetze oder Einrichtungen auf dem Wege freier Vereinbarung in Antrag zu bringen. Um in den einzelnen Staaten zur Ausführung gelangen zu können, bedürfen jedoch die in Angelegenheiten solcher Art von der Abgeordneten-Versammlung gefassten Beschlüsse der Zustimmung der betreffenden Regierungen und Vertretungen. (Art. 25.)

Artikel 22. Recht der Vorstellung und der Beschwerde. In allen Angelegenheiten des Bundes steht der Versammlung der Bundesabgeordneten das Recht der Vorstellung und der Beschwerde zu.

#### Abschnitt IV.

#### Die Fürsterversammlung.

Artikel 23. Einrichtung der Fürsterversammlung. In der Regel wird nach dem Schlusse der ordentlichen oder außerordentlichen Sitzungen der Versammlung der Bundesabgeordneten eine Versammlung der souveränen Fürsten und der obersten Magistrats der freien Städte Deutschlands sich vereinigen. Der Kaiser von Oesterreich und der König von Preußen gemeinschaftlich erlassen die Einladung zur Fürsterversammlung. Die nicht persönlich erscheinenden Souveräne können sich durch einen Prinzen ihres Hauses als Alter Ego vertreten lassen. Zwei Vertretern der deutschen Standesherrn wird in der Fürsterversammlung ein Antheil an einer Curialstimme (anstatt des erloschenen Antheils der beiden Hohenzollern) zugestanden.

Artikel 24. Stimm-Ordnung. Die Verhandlungen der Fürsterversammlung tragen den Character freier Berathung und Verständigung zwischen unabhängigen und gleichberechtigten Souveränen an sich. Deutschlands Fürsten und freie Städte sind jedoch übereingekommen, die für die Beschlüsse des Bundesraths geltende Stimmordnung in der Art auch unter sich in Anwendung zu bringen, daß ein Beschluß der Fürsterversammlung nicht aufgehoben werden kann, wenn die bejahenden Stimmen, das im Bundesrath je nach der Natur des Gegenstandes vorgeschriebene Stimmverhältniß erreichen.

Artikel 25. Gegenstände der Beschlüsse der Fürsterversammlung. Die Fürsterversammlung nimmt die ihr durch das Directorium unterlegten Ergebnisse der Verhandlungen der Abgeordneten-Versammlung in Erwägung. Sie faßt die endgültigen Beschlüsse über diejenigen Anträge der Versammlung der Bundesabgeordneten, welche nicht der Zustimmung der Vertretungen der einzelnen Staaten bedürfen. Sie läßt die mit ihrer Sanction versehenen Bundesgesetze sowohl durch das Directorium als in den einzelnen Staaten verkünden. Sie pflegt Berathung wegen thunlichster Förderung der Ausführung über diejenigen Anträge der Versammlung der Bundesabgeordneten, über welche der endgültige Beschluß den verfassungsmäßigen Gewalt der einzelnen Staaten zusteht. (Art. 11 und 21.) Sie prüft die Vorstellungen und Beschwerden der Versammlung der Abgeordneten in allgemeinen Bundesangelegenheiten, und läßt dem Directorium die betreffenden Entscheidungen zugehen. Sie kann alle für das Gesamt Vaterland wichtige Angelegenheiten in den Kreis ihrer Berathung ziehen. Ueber folgende Gegenstände: Aufnahme neuer Mitglieder in den Bund, Aenderung des Stimmverhältnisses im Bunde bei verändertem Bestande der Bundesglieder, — steht die Schlussfassung ausschließlich der Fürsterversammlung zu.

#### Abschnitt V.

#### Das Bundesgericht.

Artikel 26. Doppelte Eigenschaft des Bundesgerichts. Das Bundesgericht entscheidet, im Namen des deutschen Bundes, theils in richterlicher, theils in schiedsrichterlicher Eigenschaft.

Artikel 27. Richterliche Wirksamkeit des Bundesgerichts. Das Bundesgericht in seiner richterlichen Eigenschaft kann angerufen werden: 1) von Bundesregierungen oder von Privatpersonen gegen den deutschen Bund, wenn erstere gegen letzteren Ansprüche aus privatrechtlichen Titeln erheben, und ein besonderer Gerichtsstand hierwegen nicht begründet ist; 2) von Privatpersonen gegen mehrere Bundesglieder, wenn bestritten ist, welche der letzteren eine Forderung der ersteren zu befriedigen habe; 3) von Privatpersonen gegen den Souverain, die Civilliste oder den Staatsfiscus eines einzelnen Bundesstaates, wenn wegen der behaupteten, auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Forderung in der Verfassung oder Gesetzgebung des betreffenden Staates kein Gerichtsstand begründet ist; 4) von Privatpersonen Behufs der Eröffnung des Rechtsweges gegen eine einzelne Bundesregierung, wenn erstere auf Grund der Verfassung und der bestehenden Gesetze des Landes und nach Erschöpfung der landesgesetzlichen Mittel der Abhilfe, über Verweigerung oder Hemmung der Rechtspflege Beschwerde führen; 5) von Bundesregierungen gegen andere Bundesregierungen, wenn der klagende Theil Befriedigung einer Geldforderung oder Erfüllung eines, privatrechtliche Leistungen betreffenden Vertrages oder Schadloshaltung wegen Nichterfüllung eines solchen Vertrages verlangt; 6) in denjenigen Fällen, für welche dem Bundesgerichte, mit Zustimmung des Directoriums und des Bundesraths, durch die Verfassung oder Gesetzgebung eines Einzelstaates eine richterliche Gewalt besonders übertragen werden sollte; endlich tritt 7) in Fällen, wo es sich zwischen zwei oder mehreren Mitgliedern des Bundes um den vorläufigen Schutz des jüngsten Bestandes handelt, das Bundesgericht an die Stelle des nach Art. 20 der Wiener Schlussacte zu bezeichnenden obersten Gerichtshofes.

Artikel 28. Schiedsrichterliche Wirksamkeit des Bundesgerichts. Der schiedsrichterlichen Entscheidung des Bundesgerichts werden vom Directorium nach vergeblich versuchter Vermittlung, auf Verlangen des einen oder des anderen der streitenden Theile überwiesen: 1) alle nicht zu der im Art. 27 unter 5 erwähnten Kategorie gehörigen Streitigkeiten zwischen Mitgliedern des Bundes; 2) Streitigkeiten zwischen Mitgliedern regierender deutscher Familien über Chronologie, Regenschaft, Regierungsfähigkeit, Vormundschaft, sowie über Ansprüche an das Hausfiscum, insofern nicht über das Verfahren in dergleichen Streitigkeiten und deren Entscheidung durch die Verfassung des betreffenden Landes, Hausgesetze oder Verträge besondere Bestimmung getroffen ist; 3) Streitigkeiten zwischen der Regierung eines Bundesstaates und einzelnen Berechtigten, Corporationen oder ganzen Classen,

wenn dieselben wegen Verletzung der ihnen durch die Bundesverfassung (Art. 13 bis 18 der Bundesacte) gewährleisteten Rechte Klage führen; 4) Streitigkeiten zwischen der Regierung und der Landesvertretung eines Bundesstaates über Auslegung oder Anwendung der Landesverfassung, insofern zur Austragung solcher Streitigkeiten nicht schon anderweitig Mittel und Wege gesetzlich vorgeschrieben sind, oder dieselben nicht zur Anwendung gebracht werden können.

Artikel 29. Sonstige Aufgaben des Bundesgerichts. Damit in der Anwendung gemeinsamer deutscher Gesetze über Civil- oder Strafrecht die möglichste Gleichartigkeit bestehe, ist das Bundesgericht berufen, in Fällen, wo sich bezüglich dieser Anwendung in der Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe der Bundesstaaten Verschiedenheiten ergeben, das Directorium, Behufs der weiter erforderlichen Veranlassung, auf das Bedürfnis einer authentischen Auslegung oder gesetzlichen Regelung aufmerksam zu machen. Das Bundesgericht hat dem Directorium auf Erfordern rechtliche Gutachten zu erstatten, in so fern es sich nicht um Fälle handelt, in welchen das Bundesgericht demnach selbst zuständig werden kann.

Artikel 30. Besondere Bestimmungen. Wo keine besonderen Entscheidungsnormen vorhanden sind, hat das Bundesgericht nach den in Rechtsstreitigkeiten derselben Art vormalig von den Reichsgerichten subsidiarisch befolgten Rechtsquellen, insofern solche auf die jetzigen Verhältnisse der Bundesglieder und auf die Streitfachen selbst noch anwendbar sind, zu erkennen. Streitigkeiten oder Beschwerden, welche bereits vor Errichtung des Bundesgerichts durch einen Bundesbeschluß endgiltig erledigt worden sind, können nicht von neuem vor dem Bundesgerichte angebracht werden.

Artikel 31. Zusammensetzung des Bundesgerichts. Das Bundesgericht besteht aus einem Präsidenten, zwei Vice-Präsidenten und zwölf ordentlichen Beisitzern. Für die schiedsrichterliche Entscheidung in Streitfällen zwischen Regierung und Ständen eines Bundesstaates (Art. 28 unter 4) wird das Bundesgericht durch zwölf außerordentliche Beisitzer verstärkt. Zwölf ordentliche Mitglieder des Bundesgerichts werden von den Regierungen aus den Mitgliedern der obersten Gerichtshöfe ernannt. Oesterreich und Preußen ernennen je zwei, Bayern einen, die folgenden 14 Stimmen des Bundesraths in einem der Reihenfolge der Stimmordnung entsprechenden Wechsel sieben ordentliche Beisitzer. Drei ordentliche Beisitzer des Bundesgerichts ernannt das Directorium mit Zustimmung des Bundesraths aus der Zahl der ordentlichen öffentlichen Rechtslehrer an den deutschen Hochschulen. Das Directorium ernannt ferner mit Zustimmung des Bundesraths aus der Mitte der fünfzehn ordentlichen Mitglieder des Bundesgerichts den Präsidenten und die beiden Vice-Präsidenten. Alle diese Ernennungen erfolgen auf Lebensdauer. Die zwölf außerordentlichen Mitglieder des Bundesgerichts werden von den Regierungen auf Vorschlag und aus der Mitte der Ständerversammlung auf zwölf Jahre ernannt. Diese Ernennungen geschehen durch dieselben Regierungen, beziehentlich in derselben Reihenfolge, wie die Ernennungen der ordentlichen Beisitzer. Wo zwei Kammern einen Bundesrichter zu bezeichnen haben, wechselt in Ermangelung eines Einverständnisses das Recht des Vorschlags zwischen denselben, wobei das Loos den Anfang zu bestimmen hat. Sollte sich demnach das Bedürfnis einer Vermehrung der Mitgliederzahl des Bundesgerichts herausstellen, so kann das Directorium mit Zustimmung des Bundesraths, eine solche Vermehrung beschließen. Die Zahl der außerordentlichen Beisitzer muß alsdann in gleichem Verhältnisse wie die der ordentlichen erhöht werden. Das Bundesgericht hat seinen Sitz zu Frankfurt a. M. Die ordentlichen Mitglieder müssen am Siege des Bundesgerichts wohnen. Die Canzleibeamten des Bundesgerichts werden auf dessen Vorschlag vom Directorium ernannt. Die Aufstellung einer Bundesanwaltschaft bleibt vorbehalten.

Artikel 32. Grundzüge der Verfassung des Bundesgerichts. Das Bundesgericht wird in mehrere Senate eingetheilt werden, damit eine zweckmäßige Vertheilung der Geschäfte in Senats- und in Plenarsitzungen stattfinde und in den zur richterlichen Entscheidung des Bundesgerichts gehörigen Fällen (Art. 27) ein Instanzenzug hergestellt werde. Die schiedsrichterlichen Entscheidungen des Bundesgerichts (Art. 28) erfolgen in ordentlichem, und wenn sie Streitigkeiten zwischen Regierung und Ständen eines Bundesstaates betreffen, in außerordentlicher Plenarsitzung, zu welcher letztern der Präsident die sämmtlichen ordentlichen und außerordentlichen Beisitzer einberuft. Die in den gesetzlichen Formen gefällten Schiedsprüche unterliegen keiner weiteren Berufung, und sind sofort vollziehbar.

Artikel 33. Unabhängige Stellung des Bundesgerichts. Die ordentlichen Mitglieder des Bundesgerichts werden für den Bund in Eid und Pflicht genommen und vom Bunde aus der Matricularkasse besoldet. Sie können nach ihrer Ernennung weder Geldbezüge noch Ehreenauszeichnungen von einem einzelnen Bundesgliede erhalten. Gegen ihren Willen können sie nur durch einen Spruch des Bundesgerichts selbst von ihrem Amte entlassen werden. Nach erreichtem 70. Lebensjahre kann das Directorium sie mit vollem Gehalte in den Ruhestand versetzen. Die außerordentlichen Mitglieder des Bundesgerichts, zur Ausübung ihres Amtes einberufen, werden gleichfalls für den Bund in Eid und Pflicht genommen und erhalten vom Bunde Reiseausgaben und Functionsgeldern aus der Matricularkasse. Ein Reglement wird die betreffenden Gehalte und Gebühren feststellen.

Artikel 34. Bundesgerichtsstatut. Die näheren Bestimmungen über die Verfassung des Bundesgerichts, so wie über das Verfahren vor demselben werden durch ein Statut getroffen werden, welches das Bundesgericht zu entwerfen, und dem Directorium zur weiteren Veranlassung vorzulegen haben wird.

Artikel 35. Wegfall der früheren gerichtlichen Bundeseinrichtungen. Mit Einführung des Bundesgerichts kommen die seitherigen Bestimmungen über Appellationsinstanz beziehentlich das Bundeschiedsgericht, auch die Competenz der Bundesversammlung in den im Art. 29 der Wiener Schlussacte bezeichneten Fällen und der Bundesbeschluß vom 15. September 1842 im Wegfall. Dagegen bewendet es auch fernerhin bei Art. 24 der Schlussacte.

#### Schluss-Bestimmung.

Artikel 36. Die bestehenden Bundesgesetze behalten ihre Kraft und Gültigkeit, so weit sie nicht durch die vorstehenden Bestimmungen abgeändert werden.

#### Deutschland.

Berlin, 21. Aug. Sr. K. H. der Kronprinz gedenkt morgen von Potsdam aus nach dem Schloß Rosenau bei Coburg abzureisen.

\* Se. Maj. der König hielt sich, einer Einladung der Königin-Wittve zufolge, welche dort verweilt, vom 17. bis 19. Mittags daselbst auf und kam am 19. Abends in Baden-Baden an.

— Der Finanzminister v. Bodelschwingh ist gestern nach

Baden-Baden abgereist, um über einige Gegenstände seines Ressorts Sr. M. dem Könige Vortrag zu halten.

\* Der Herzog von Bernburg ist am 19. nach viertägigem Todeskampf gestorben.

\* Man erwartet die Rückkehr des Kaisers in Wien nicht vor Ende des Monats.

— Prinz Albrecht Sohn hat in Folge des gestrigen Unfalls eine leichte Gehirnerschütterung erlitten, doch soll sein Zustand nach den heute Nachmittag hier eingegangenen Nachrichten den Umständen nach ein befriedigender sein.

\* Nach einer Wiener Correspondenz der „Schl. Z.“ ist der jetzige österreichische Reformplan eine Modification eines früheren liberaleren. Man hat danach den Plan modificirt, um erst die Zustimmung der weniger liberalen Regierungen dafür zu gewinnen. Der Kaiser werde aber von anderer Seite kommenden liberalen Vorschlägen keinen Widerstand entgegensetzen.

— In Frankfurt a. M. war am 20. der Redacteur des „Fr. B.“ vor das Polizeiamt geladen, weil der Staats-Anwalt zu Bielefeld zur Erhebung einer Anklage gegen den Abgeordneten Dr. Käning wegen seiner am 25. Mai in der Volksversammlung zu Frankfurt gehaltenen Rede Auskunft von ihm verlangte. Der Redacteur verweigerte diese Auskunft.

B. Frankfurt, 20. Aug. Nach den bisher eingelaufenen Listen beträgt die Anzahl der Mitglieder gesetzgebender Körper der verschiedenen deutschen Staaten, welche sich dem Abgeordneten-Tage angeschlossen, für Baden 32, Bayern 6, Bremen 14, Braunschweig 9, Coburg und Gotha 27, Frankfurt 72, Hannover 9, Hessen-Darmstadt 38, Kurhessen 48, Lübeck 2, Mecklenburg 11, Nassau 14, Oldenburg 1, Preußen 36, Rheinprovinz Sachsen 2, Sachsen-Altenburg 1, Sachsen-Meiningen 11, Sachsen-Weimar 3, Schleswig-Holstein 6, Württemberg 17. Hierzu kommen noch diejenigen Mitglieder vom ersten Abgeordnetentage in Weimar, welche sich nicht nochmals auf die eingesandten Listen einzetragten, sowie einige, welche sich gestern und heute hier persönlich angemeldet haben.

#### Frankreich.

Paris, 19. August. Herr Drouyn de Lhuys wollte einen Urlaub nehmen. Heute versichert man, daß der Minister des Auswärtigen auf seinen Urlaub verzichtet, weil derselbe nicht in der Absicht des Kaisers liege. — Heute war unter dem Vorsitz des Kaisers Ministerrath in St. Cloud.

— Der Kaiser wird nach seiner Rückkehr aus dem Lager von Chalons bis zum 8. September in Paris bleiben, um die Antwort des russischen Cabinets abzuwarten.

#### Rußland und Polen.

Wilna, 18. Aug. (Dft. B.) G. Stern sind zwei Brüder, Joseph und Alexander Kowkosti, ohne Voruntersuchung erhängt worden, und zwar weil man bei einer in ihrer Wohnung vorgenommenen Revision zwei Dolche vorgefunden hatte. Es traf sie keine andere Schuld, als der Verdacht, daß sie um das Attentat auf Domesjko's Leben gewußt oder an demselben Theil gehabt haben könnten. Es waren beides Handwerker, einige 20 Jahre alt.

Warschau, 20. August. (Dft. B.) Vorgestern hat man, wie bereits kurz gemeldet, in einem hiesigen Caffehaus den Polizei-Commissarius Drozdowicz erdolchen wollen, was aber, da er einen Blechpanzer trägt, nicht gelang. Der Mörder schnitt ihm nach den vergeblichen Dolchstoßen ein Stück von der Nase ab, ohne daß Jemand von den Anwesenden ihn daran hinderte, daher er auch (am hellen Tage) entkam.

— Der „Eas“ vom 18. enthält einen amtlichen polnischen Bericht über die Stryzner Affaire, nach welchem Oberst Krut mit 1000 Russen zu thun gehabt haben will, während er nur 2350 Mann (wovon 850 in der Reserve) befehligt habe. Die Geldsumme, welche die Polen erbeuteten, giebt Dr. Krut nicht genau an, da er dieselbe, wie er sagt, ohne Zeit zum Zählen zu finden, an einen sichern Ort bringen ließ. „Ich glaube jedoch“, schreibt er, „daß wir wenigstens 140,000 Rubel bekamen, während uns 60,000 Rubel verloren gingen.“

— Binnen Kurzem wird Mieroslawski auf dem Kriegsschauplatz seine Thätigkeit entfalten, jedoch nicht in der Eigenschaft als Generalist. Seine Aufgabe soll, laut den „N. Nachr.“ darin bestehen, im Gouvernement Lublin, wo sich bereits Insurgenten-Corps von mehr als 10,000 Mann stark befinden, zu operiren und Lublin selbst, die in strategischer Hinsicht zweitwichtigste Stadt Polens, zu gewinnen suchen, um in der Folge einen Angriff auf die Festung Zamosc wagen zu können. Mieroslawski hat sich mit dem Gzartowyst's durch Vermittelung des Marcell Chartorski, welcher unlängst in Bucharest gewesen ist, wieder ausgehät.

#### Amerika.

— In Nord-Carolina siegt ein Conflict der conföderirten Bundesbehörde mit der Staatsbehörde nahe bevor. Das leitende Blatt der Hauptstadt redet der Wiedervereinigung mit den Vereinigten Staaten offen das Wort und drängt, im offenkundigen Einverständnis mit der Regierung, auf Ernennung von Commissarien, um in Washington Unterhandlungen über die Wiederaufnahme des Staates anzuknüpfen. — Auch in Mississippi ist die Stimmung entschieden feindlich gegen das Davis'sche Regiment. Der Staat hat furchtbar gelitten, die Hauptstadt Jackson ist gänzlich niedergebrannt, alle öffentlichen Werke sind zerstört, Handel und Gewerbe liegen vollständig darnieder und eine Hungersnoth bedroht das Volk. Das letzte Angebot von Davis wird von einzelnen umherstreifenden Banden mit raffinirter Grausamkeit durchgeführt. Wer sich demselben entzieht, wird erschossen und sein Eigenthum confiscirt oder niedergebrannt. — Die Entschädigungsansprüche, welche in Folge des neulichen Auftrugs bis heute gegen die Stadt New York eingereicht worden sind, belaufen sich schon auf mehr als 1,000,000 Dollars.

#### Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 4 Uhr Nachmittags.

Frankfurt a. M., 22. August. Die Fürstlichen Konferenz wurde heute Vormittags 11 Uhr eröffnet; es werden entscheidende Beschlüsse erwartet. Die Zeitungsnachrichten, daß die Rede des Kaisers vor der Veröffentlichung Abänderungen erlitten habe, werden offiziell als durchaus falsch dementirt. Das Ablehnungsschreiben Sr. Majestät des Königs von Preußen war an den Kaiser von Oesterreich adressirt.

Danzig, den 22. August.

\*\* [Marine.] Die Tauchübungen mit dem Steinke'schen Apparat finden seitens der sich hierzu freiwillig gemeldeten Schiffs-immerleute der Kgl. West-Division jetzt täglich statt. Drei Taucher haben es durch öftere Versuche bereits soweit gebracht, daß sie 2 Stunden in einer Wassertiefe von 20 Fuß auszuhalten vermögen; gestern sind von denselben die ersten Proverarbeiten durch Aufnageln von Kupferplatten an versenkte Bretter geliefert worden. Um eine ge-



